

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ 2014.1
DER JUSOS HAMBURG

01. MÄRZ 2014

KARL-FLEISCHER-SAAL

Beschlussbuch



Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigten Staaten von Europa – unsere Verantwortung, unsere Zukunft.....	1
Zukunft der Bundeswehr gewährleisten – Attraktivität erhöhen!	11
Verteilung des Antragsbuchs ausschließlich auf digitalem Weg.....	13
SPD 2.0 – Digitale Distrikte als wichtiger Schritt in eine demokratische Zukunft.....	14
Demokratieerklärung erhalten.	17
EU-Richtlinie 2006/40/EG, Absatz 4 nicht ratifizieren!	19
Studienplätze schaffen, statt Rechtsschutz verkürzen!	21
Mehr innovative Fernseh-Formate für junge Menschen bei ARD&ZDF. Für eine echte Generationengerechtigkeit auch im Hauptprogramm.	23
Hamburg braucht wieder ein echtes Sozialticket!.....	24
Eine vereinte und starke SPD auf dem Campus – JETZT!.....	26
Hitzefrei an Hamburger Schulen wieder einführen - Unerträgliche Zustände verhindern!.....	29
Flächendeckende Förderung und zwar in alle Richtungen als Teil der Inklusion	30

1 Die Vereinigten Staaten von Europa – 2 unsere Verantwortung, unsere Zukunft

3 4 Europa – unsere Verantwortung, unsere Zukunft

5
6 Unser gemeinsames Europa ist seit dem 2. Weltkrieg der Garant für ein friedliches
7 Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie. Es hat den Bürgerinnen und Bürgern
8 die längste Friedensphase seiner Geschichte geschenkt und darüber hinaus auch
9 gemeinsamen Wohlstand sowie Demokratie zur Selbstverständlichkeit werden lassen.
10 Dieser Kontinent ist in weiten Teilen ein Hort für Toleranz, kulturelle Vielfalt,
11 Chancengerechtigkeit und individuelle Freiheit geworden. Diese Errungenschaften
12 sollten nicht vergessen werden. Sie sind es wert immer wieder erwähnt und wiederholt
13 zu werden.

14
15 Jedoch erleben die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU) zurzeit eine
16 Periode der Veränderungen, die an den Grundfesten unserer Gesellschaft rüttelt und
17 zehrt. Sie sehen sich einer immer seltener positiven Berichterstattung gegenüber, die
18 das Europabild vieler Menschen in allen Winkeln der Europäischen Union prägen. Vor
19 allem die junge Generation Europas kennt diesen Kontinent als ein in permanenter Krise
20 verharrenden Kontinent, mit seinen Europäischen Institutionen, die uns
21 handlungsunfähig in ihrer derzeitigen Konstruktion erscheinen. Sie sehen sich
22 zunehmend mit einer neuen Weltordnung, in der zunehmend Brasilien, Russland, Indien
23 und China (BRIC-Staaten) an Bedeutung gewinnen, mit der Zuwendung der USA hin
24 zum pazifischen Raum, mit einer exorbitant hohen Jugendarbeitslosigkeit und
25 Verarmung in den südlichen Mitgliedsstaaten der gemeinsamen Union konfrontiert.
26 Gleichzeitig erleben wir die Renaissance der europäischen Rechten.

27
28 In der europäischen Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten herrscht keine Einigkeit über
29 eine gemeinsame Lösungsstrategie. Es gibt keinen Konsens für eine Bewältigung der
30 Vertrauens-, Banken-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Jugendarbeitslosigkeitskrise. Es
31 gibt keine gemeinsame Linie, ob Europa ein föderaler Bundesstaat werden soll, also eine
32 Art der „Vereinigten Staaten von Europa“, oder ein loser Völkerbund mit gemeinsamem
33 Binnenmarkt. Es gibt keine gemeinsame Position, ob in Zeiten der Krisen unseres
34 Kontinents zuerst eine tiefere Integration stattfinden soll, oder wir weiterhin die EU um
35 den einen oder anderen Mitgliedsstaat erweitert werden soll.

36
37 Wir leben auf einem Kontinent mit 46 Staaten, darunter nun 28 Staaten, die der
38 Europäischen Union angehören. Ein Kontinent mit 740 Millionen Menschen, von denen
39 506 Millionen Menschen freie Bürger der Europäischen Union sind. Die EU ist der größte
40 Wirtschaftsraum der Welt, größer als die USA, China, Indien, Russland und Brasilien. Ein
41 schlafender, geradezu eingeschläferter Riese in der Mitte der Welt.

42
43 Die europäische Völkerfamilie, die 506 Millionen Menschen in der Europäischen Union,
44 die europäische Idee hat mehr verdient! Europa steht mehr denn je in der Krise am
45 vielbeschworenem Scheideweg: Gehen wir den Weg der Renationalisierung oder
46 erwacht der schlafende Riese und steuern wir damit auf ein „mehr wir“ zu?

47

48 Durch konservative, nationalistische und linksradikale Kräfte ist Europa zu einer Bühne
49 der Profilierung und des Populismus, im Hinblick auf Wählerfang in Deutschland,
50 verkommen. Nationale Ressentiments, Angst über Armutseinwanderung nach
51 Deutschland oder die Verachtung für die Inkompetenz der EU-Bürokraten werden
52 geschürt. Die Union wird auf eine rein ökonomische Größe reduziert.

53

54 Für uns ist Europa mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt oder eine gemeinsame
55 Währung. Wir wollen ein Europa der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Ein
56 offenes, soziales, demokratisches und handlungsfähiges Europa, das den Menschen in
57 den Mittelpunkt stellt. Europa, die Europäische Union ist ein Zivilisationsprojekt, das es
58 weiterzuentwickeln und zu beschützen gilt, von innen wie von außen.

59

60 Europa braucht eine wahre Investitionsoffensive gegen die Krise, eine Umstrukturierung
61 der Institutionen mit einem starken Parlament, es braucht eine europäische
62 Öffentlichkeit, mehr Rechtsstaatlichkeit, eine Flüchtlingspolitik, für die man sich nicht
63 schämen muss und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sollten nicht
64 nur gemeinsam Exportweltmeister sein, sondern auch Forschungsweltmeister. Wir
65 sollten ein Ort sein, in der die Pressefreiheit und die Freiheit der Bürger unabdingbar
66 sind und Länder wie Ungarn oder Rumänien zur Raison gerufen werden und die
67 informationelle Selbstbestimmung auch gegen die USA oder Großbritannien geschützt
68 werden. Wir brauchen keine Innenminister, die durch die Hintertür die Reisefreiheit
69 wieder abschaffen wollen, um gegen „Kriminelle“ vorgehen zu können, sondern einen
70 noch stärkeren Austausch

71

72 Wir Sozialdemokraten müssen wieder die Idee der Vereinigten Staaten von Europa offen
73 kommunizieren. Nur wenn wir Europäer uns als eine Völkergemeinschaft mit einem
74 Europäischen Pass, einer gemeinsamen, von uns Bürgern gewählten und legitimierten
75 Regierung sowie als eine gemeinsame Wertegemeinschaft verstehen, hat dieser
76 Kontinent eine Zukunft in einer globalisierten Welt.

77

78 **Ein neues Europa**

79

80 Neben der ökonomischen und der politischen erleben wir heute auch eine „Wertekrise“
81 innerhalb der europäischen Union. Wir erleben einen Rückfall in nationalstaatliche
82 Sichtweisen. Zwischen den Institutionen der Europäischen Union und den Bürgerinnen
83 und Bürgern gibt es nach wie vor eine große Kluft. Die aus der europäischen Idee
84 geschaffenen Institutionen der Europäischen Union werden mittlerweile verwechselt
85 mit der europäischen Idee selbst.

86

87 In der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union zeigen sich deutliche
88 Schwächen. Es mangelt an Demokratie und Transparenz. Da sich die
89 Entscheidungsfindung in der EU aufgrund der steigenden Anzahl von Mitgliedsstaaten
90 immer schwieriger gestaltet, werden wichtige Entscheidungen verträgt oder schwache
91 Kompromisse ausgehandelt. Die nationalstaatlichen Regierungen gehen dazu über
92 zwischenstaatliche Verträge zu schließen und damit die europäischen Institutionen
93 weiter zu schwächen. Für die Bürgerinnen und Bürgern ist häufig nicht nachvollziehbar,
94 welche Entscheidungen von wem gefällt werden.

95

96 Unsere Idee von Europa ist klar – Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dies
97 soll die Leitlinie unserer europäischen Politik sein. Deshalb fordern wir:

98

99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122

- dass die Integration Vorrang hat vor der Erweiterung der EU. Grundsätzlich wollen wir, dass jedes demokratische Land, welches die unveräußerlichen Rechte der Menschen wahrt, ernsthafte Verhandlungen mit der EU über eine Aufnahme führen kann.
- die Überarbeitung der Verträge der Europäischen Union und die Vorbereitung einer europäischen Verfassung, die durch Volksentscheid in jedem Mitgliedsstaat zur Abstimmung zu stellen ist.
- die Umgestaltung sowie Verkleinerung der Europäischen Kommission zu einer europäischen Regierung, die von den in dem europäischen Parlament vertretenen Parteien gewählt wird. Damit wird sichergestellt, dass sich die Konfliktlinien in der EU zukünftig entlang der Parteien und nicht an der Staatszugehörigkeit der Entscheidungsträger bilden.
- ein Zwei-Kammer-System, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die Länderkammer stellen. Einen Ministerrat, wie er derzeit besteht, wird es dann nicht mehr geben. Bis es soweit ist, fordern wir die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit für alle Politikbereiche im Ministerrat. So soll verhindert werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten die europäische Entscheidungsfindung blockieren.
- das volle Gesetzgebungs- und Kontrollrecht sowie das volle Budgetrecht für das Europäische Parlament.
- eine eigene Steuer oder einen eigenen Anteil auf eine Steuer in den Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene, über deren Einnahmen, das Parlament vollkommen frei entscheiden kann.

Mehr Demokratie in Europa, bedeutet auch, dass sich die Parteienfamilien zu echten Parteien zusammen finden müssen. Die Europäischen Parteien sollen dementsprechend transnationale Listen aufstellen und mit einer europäischen Spitzenkandidatin oder einem europäischen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen. Wir wollen:

127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140

- dass bei allen Wahlen und Volksabstimmungen auf nationaler und europäischer Ebene die Unionsbürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, wählen dürfen.
- keine Einschränkungen der Reisefreiheit im Schengen-Raum.
- einen europäischen Pass für die Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.
- die Gründung europäischer Medienanstalten.
- die weitere und verstärkte Unterstützung von Initiativen zur Förderung der europäischen Idee.
- die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der EU muss bewahrt und unterstützt werden. Gleichwohl fänden wir es wünschenswert, wenn innerhalb der EU verpflichtend Englisch als zweite Fremdsprache gelehrt werden würde.

„In Vielfalt geeint“ – dieser Wahlspruch stellt die Stärke unseres Kontinents dar.

142
143
144

Europas Verantwortung in der Welt

145
146
147
148

Der Horizont der Europäischen Union darf nicht an seinen Außengrenzen enden. Aus der Geschichte erwächst der EU eine besondere Verantwortung, Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit zu fördern. Die EU ist ein beispielgebendes Friedensprojekt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten besitzen eine große Expertise im Bereich des zivilen

149 Friedensaufbaus. Diese Expertise muss sie in anderen Regionen auf der Welt einbringen.
150 Die europäische und insbesondere die deutsche Geschichte bringen eine besondere
151 Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt mit sich.

152

- 153 • Wir streben eine europäische Außenpolitik mit einer Stimme an. Dies beinhaltet
154 auch die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Armee.
- 155 • Um vor der internationalen Gemeinschaft mit einer Stimme sprechen zu können,
156 fordern wir zudem einen gemeinsamen Sitz der Europäischen Union im
157 Sicherheitsrat.
- 158 • Wir wollen eine wertegeleitete Außenpolitik, die auch Missstände bei
159 Menschenrechten anspricht.

160

161 **Flüchtlingspolitik**

162

163 2012 wurden in den 27 EU-Staaten 335 380 Asylanträge eingereicht. Dies stellt eine
164 Zunahme von 10,6% gegenüber dem Jahr 2011 (303.105 Asylanträge) dar. Damit wurde
165 laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der höchste Wert seit dem Jahr 2002
166 erreicht. Zwar gab es auch in Deutschland dementsprechend Zuwächse von
167 Asylanträgen in absoluten Zahlen, jedoch liegt der Anteil der Asylantragssteller pro
168 1.000 Einwohner bei 0,9 Antragsstellern pro Kopf. Im europaweiten Vergleich liegt
169 Deutschland damit im Ranking auf Platz 11 und damit lediglich 0,2 Antragssteller über
170 dem Durchschnitt. Malta dagegen als deutlich kleineres und wirtschaftlich schwächeres
171 Land als Deutschland trägt – pro Kopf betrachtet – die größte Last in Europa. Auf jeweils
172 1.000 Einwohner entfallen 5,0 Antragsteller. Schweden hat kürzlich als erstes EU-Land
173 verkündet, allen syrischen Flüchtlingen ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht zu
174 gewähren. Damit hat Schweden eine unbürokratische, schnelle und humane Lösung für
175 die aus dem Bürgerkriegsgebiet geflohenen Männer, Frauen und Kinder gefunden.
176 Gerade Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land hätte hier als Vorreiter
177 vorangehen sollen.

178

179 Dafür ist es nun zu spät, jedoch sollten wir jetzt dem menschlichen Beispiel Schwedens
180 folgen und die Signalwirkung eines Kurswechsels in der Flüchtlingspolitik nicht
181 unterschätzen.

182

183 Denn Verantwortung für die Menschenrechte zu übernehmen, heißt auch Vorbild in der
184 Flüchtlingspolitik zu sein. Das Motto lautet: kein Mensch ist illegal. Menschen, die
185 Schutz suchen, müssen in Europa aufgenommen werden und dürfen nicht an den
186 europäischen Außengrenzen abgewiesen werden.

187

188 Deshalb treten wir für folgende Punkte ein:

189

- 190 • Es gilt der Grundsatz, kein Flüchtling darf zurückgewiesen werden, bevor nicht
191 der Flüchtlingsstatus geklärt ist.
- 192 • In der Praxis muss jeder Flüchtling Zugang zu einem Asylverfahren erhalten, die
193 Genfer Flüchtlingskonvention gilt auch auf hoher See. Die Grenzschutzagentur
194 Frontex gerät immer wieder in die Kritik. Insbesondere die Einbeziehung von EU-
195 Anrainern in die Abwehr von Flüchtlingen durch Frontex ist sofort zu beenden.
196 Längerfristig muss Frontex in ein neues, humanes System der Flüchtlingspolitik
197 übergehen.
- 198 • Jedem in Seenot geratenem Schiff muss geholfen werden können ohne sofort
199 unter italienischem Strafrecht zu stehen.

200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248

- Für die Gewahrsamnahme fordern wir klare Begrifflichkeit und bestimmte Rechtsbegriffe, um den Ermessensspielraum deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus bedarf es vermehrt europäische Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge.
- Eine Neuausrichtung der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ist dringend notwendig. Die Drittstaatenregelung muss durch einen festen Verteilungsschlüssel nach deutschem Vorbild ersetzt werden, damit die Länder am Rande der Europäischen Union nicht alleine gelassen werden. Das Dublin-System muss überarbeitet werden.
- Daran anknüpfend sollte jeder Mitgliedstaat Gebrauch von seinem Selbsteintrittsrecht machen, um eine vernünftigeren Verteilung zu ermöglichen.
- Die Abschaffung des Arbeitsverbots und die Veränderung der Residenzpflicht sind wichtige Schritte, um auch für Flüchtlinge die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- Wir fordern ein stärkeres humanitäres Engagement der Europäischen Union. Flüchtlingshilfswerke, wie das UNHCR sollen stärker finanziell unterstützt werden. Zudem ist es notwendig, dass Staaten, die in unmittelbarer Nähe zu Konfliktherden Flüchtlingslager schaffen, stärker finanziell und personell unterstützt werden. Diesbezüglich soll die Europäische Union einen Fond zur Unterstützung von Flüchtlingshilfe einrichten. Gleichzeitig muss die EU Mittel und Wege finden insbesondere in Krisengebieten Menschen zu ermöglichen so gefahrlos wie möglich Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung zu entkommen.

Niemand verlässt grundlos seine Heimat. Flüchtlingen helfen heißt jedoch in erster Linie Fluchtursachen zu bekämpfen. Europa muss Flüchtlingen in deren Heimat Gefahr für ihr Leib und Leben droht, Schutz bieten. Wir wollen auf Augenhöhe eine fruchtbare Kooperation für alle Beteiligten für eine langfristige Vision der wirtschaftlichen Stabilität, sozialer Grundsicherung und politischer Freiheit für alle Menschen inner- und außerhalb Europas. Erste Schritte könnten dafür sein, die Subventionen für Exporte von Lebensmitteln restlos zu streichen und Entwicklungsländern nach Einzelprüfung Schulden zu erlassen.

Wirtschaftliche Stabilität

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten sich die europäischen Akteure nicht auf eine gemeinsame einheitliche und nachhaltige Politik für die europäische Union und insbesondere für die Euro-Zone einigen. Die Austeritätspolitik der letzten Jahre haben nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Krise in den südlichen Staaten geführt. Eine Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, die durch die Bankenkrise erst ausgelöst wurden, müssen verstärkt mit einem Investitionsprogramm, einer stärkeren Regulierung von Banken und mehr größerer Verteilungsgerechtigkeit bekämpft werden. Die Sozialdemokratie lehrt uns, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann.

- Wir setzen uns daher für ein strengeres Aktienrecht nach dem Vorbild des neuen durch Volksabstimmung verabschiedeten Gesetzes in der Schweiz ein.
- Die Mitgliedsstaaten müssen die Bankenunion und vor allem die europäische Bankenaufsicht vorantreiben und mit weitgehenden Kompetenzen ausstatten.

249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296

- Es müssen Wege gefunden werden, zur Kapitalisierung von Banken zunächst die Aktionäre und Gläubiger der Bank heranzuziehen. Dabei muss ein Schutz der Kleinsparer sichergestellt werden. Als zusätzliche Absicherung fordern wir einen von den Banken selbst gespeisten Fonds zur Stützung angeschlagener Institute. Erst im letzten Schritt darf es die Möglichkeit staatlicher Hilfen geben. Zudem soll der Mindestreservesatz der Banken in der EU erhöht werden. Sollten staatliche Hilfen notwendig werden, so sollten diese über einen europäischen Fonds (z.B. ESM) geleistet werden, um einzelne Staaten vor der Überschuldung zu bewahren.
- Die Umsetzung der aktuell beschlossenen Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte muss umgesetzt werden, wie beispielsweise das Verbot ungedeckter Leerverkäufe.
- Die Finanztransaktionssteuer muss umgehend umgesetzt werden, um einen Beitrag an den entstandenen Schäden der Bankenkrise zu leisten.
- Für die öffentliche Grundversorgung in Europa muss es regionale Mindeststandards geben. Das zunehmende Voranschreiten der Privatisierungen in der öffentlichen Grundversorgung in allen europäischen Mitgliedsstaaten muss ein Ende haben.
- die Möglichkeit der Haftung für nachweislich falsche, oder aber auch Spekulationen auslösende und schädliche Bewertungen von privaten Rating Agenturen muss durchgesetzt werden. Zudem befürworten wir die Schaffung einer europäischen und öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur. Diese muss jedoch politisch unabhängig operieren.
- Die Harmonisierung der Steuersysteme in Bezug auf direkte Steuern muss weiterhin versucht werden. Steuerdumping darf nicht zu dem Geschäftsmodell einzelner Staaten werden. Wir schlagen vor, dass Mindest- und Höchststeuersätze verbindlich eingeführt werden, in denen sich die nationale Steuergesetzgebung bewegen darf.
- Wir fordern einen Austausch sämtlicher Bankdaten zwischen den Mitgliedsstaaten, zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Dafür muss es auch einen europäischen Vertrag gegen Steuerhinterziehung mit der Schweiz und anderen Staaten geben.

Durch die momentane Krise erkennen wir, dass neben einer wirtschaftlichen Union, auch eine politische Union von Nöten ist. Deutschland und andere wirtschaftlich stabile Staaten haben eine Verantwortung für das europäische Projekt. Als einer der stärksten Profiteure der Eurozone und des Binnenmarkts müssen wir uns solidarisch mit unseren Nachbarn in anderen Ländern zeigen. Die Belastung der Staatshaushalte durch absurd hohe Zinsen muss gelöst werden. Die Untätigkeit der europäischen Regierungen hat zudem dazu geführt, dass wir faktisch eine Vergemeinschaftung der Schulden in der Eurozone haben. Durch den Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank haften alle Länder der Eurozone für etwaige Ausfälle, ohne das es für dieses Vorgehen eine transparente sowie demokratische Entscheidung gegeben hätte. Daher schlagen wir vor:

- einen Altschuldentilgungsfonds ab 60 Prozent Verschuldung am Bruttoinlandsprodukt einzuführen, um direkt die hohe Belastung durch Zinszahlungen zu verringern.

297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346

- die schrittweise und mittelfristige Einführung von gemeinsamen Staatsanleihen in der Eurozone. Voraussetzung hierfür muss eine im Gegenzug verstärkte Haushaltskontrolle sein.
- Schuldenschnitte für Euro-Länder, deren Schuldentragfähigkeit nicht mehr gegeben ist, nicht kategorisch auszuschließen.

Arbeit und Soziales

Verschiedene Soziale Mindeststandards in den Mitgliedsstaaten dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen und zu einem destruktivem „Race to the bottom“-Prinzip, welches wir momentan in der Europäischen Union erleben. Berechtigte Einschränkungen des Binnenmarkts durch Arbeits- und Sozialrechtsgesetzgebung müssen möglich sein. Uns geht es vielmehr darum in ganz Europa die Mindeststandards im mittelfristigen Zeitraum zu erhöhen und anzugleichen.

- Die Stärkung der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmung in allen europäischen Mitgliedsländern muss unser oberstes Ziel sein. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss auf europäischer Ebene verankert sein, damit es keinen Wettbewerb um die niedrigsten Partizipationsmöglichkeiten gibt.
- Die Förderung von grenzüberschreitenden Räten, die durch die Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitgebern gebildet werden sollen, kann eine Angleichung der Betriebsbedingungen und der betrieblichen Organisation in unterschiedlichen Grenzregionen ermöglichen.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Zukunft ermöglichen

„Not frisst Demokratie“ – dieser Satz mahnt uns, die hohe Arbeitslosenquote in den Europäischen Ländern sehr ernst zu nehmen. Die bestausgebildetste Generation findet in ihren Heimatländern keine bezahlte Arbeit. In Griechenland, Spanien und Kroatien liegt sie bei Jugendlichen bei über 50 Prozent. In neun weiteren Ländern zwischen 25 und 50 Prozent. Die durchschnittliche Jugendarbeitslosenquote in der Eurozone liegt bei 24,4 Prozent. Oberste Priorität der europäischen Krisenpolitik muss deshalb die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. Daher fordern wir:

- eine Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit in allen möglichen Bereichen, die ausreichend finanziert ist. 6 Milliarden Euro für die gesamte Eurozone über mehrere Jahre sind nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein. Es braucht eine auf die jeweiligen Länder angepasste Investitionsoffensive.
- dass die Jobgarantie auch für Menschen unter 30 Jahre gilt und nicht nur bis 25. Viele beenden ihr Studium erst in diesem Altersabschnitt. Jedem sollte spätestens nach 2 Monaten Arbeitslosigkeit oder nach dem Verlassen der Schule eine Arbeit, eine Weiterbildung/Ausbildung oder ein Praktikum angeboten werden. Bei Menschen mit abgeschlossener Berufsbildung (sei dies durch eine Ausbildung oder einen Studium) muss sichergestellt werden, dass diese vor allem Berufsangebote erhalten und die Praktika bezahlt werden.
- als kurzfristige Regelung eine aktive Vermittlung von temporären Auslandsaufenthalten im Rahmen der Jobgarantie, um sich weiter qualifizieren zu können und nicht nur Auslandserfahrung, sondern auch Arbeitserfahrung mitbringen zu können. Dies kann im Rahmen der europäischen Programme

347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397

stattfinden, wie zum Beispiel dem Europäischen Freiwilligendienst, oder über Vermittlung von bezahlten Praktika und Jobs.

- Wir lehnen die Streichung der europäischen Mittel für Austauschprogramme, wie zum Beispiel das Erasmus und DaVinci- Programm ab. Im Austausch mit anderen Mitgliedsstaaten und deren Bürgerinnen und Bürgern wird die europäische Idee gelebt.
- Europa leben, heißt unterschiedliche Kulturen kennen und schätzen zu können. Dies kann nur im Austausch funktionieren. Deshalb fordern wir einen Ausbau des Leonardo da Vinci-Programms. Eine Zusammenlegung sämtlicher Austauschprogramme lehnen wir ab.
- einen Jugendpolitik-TÜV, der die Auswirkungen von Gesetzen auf die Menschen bis 30 untersucht und Vorschläge erarbeitet zur Förderung dieser Generation.
- einen Dialog zwischen der deutscher Politik und deutschen Unternehmen, die Erfahrungen mit dualer Ausbildung haben und im europäischen Ausland Betriebe haben, damit diese Unternehmen sich verpflichten die duale Ausbildung in den Krisenländern mittel- und langfristig anzubieten sowie zu etablieren. Dafür muss es Seitens Deutschlands oder aber auch der EU Förderprogramme geben.
- eine europäische Startup-Initiative mit Einbeziehung von privaten Investoren für junge Menschen, die sich selbstständig machen wollen und eine Geschäftsidee haben.

Energie- und Umweltpolitik in Europa

Umwelt-und Energiepolitik lassen sich im großen Rahmen nur europäisch gestalten. Wenn es um die Versorgungssicherheit der Industrie, oder aber auch um die Reduzierung der CO2 Werte geht, müssen die Staaten auf europäischer Ebene zusammen arbeiten. Eine gemeinsame Strategie was den Ausbau erneuerbarer Energien und der Reduzierung von Umweltschäden betrifft, ist unabdingbar, damit nachfolgende Generationen weiterhin auf diesem Kontinent gut leben können. Deshalb fordern wir:

- einen verbindlichen Energiefahrplan, der Europa zu einer Vorreiterrolle im Bereich effizienter und grüner Energiegewinnung machen soll. Auch die Dezentralisierung der innereuropäischen Energieherstellung muss gefördert werden.
- die Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch das Ersetzen von Treibstoffimporten durch erneuerbare Energien und die Diversifizierung der Importquellen von fossilen Rohstoffen.
- die Förderungen von erneuerbaren Energien Projekten in Südeuropa, auch als Projekt im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- das Verbot der Herstellung von Biokraftstoffen aus Nahrungs- bzw. Futtermitteln. Die Nahrungsmittelknappheit in den exportierenden Ländern außerhalb Europas darf nicht durch die Verbrennung von Nahrungsmitteln in Europa angetrieben werden. Alternativen wie Kraftstoffe aus Algen gibt es bereits, diese gilt es zu fördern.
- keine Subventionierung von Atomenergie in der Europäischen Union. Diese Subventionen sollen alternativ zur Förderung regenerativer Energiegewinnung benutzt werden. Darüber hinaus lehnen wir den Neubau von Atomkraftwerken grundsätzlich ab.

398

Der europäischen Rechten und der Europaskepsis begegnen

399

400

Die Europäische Union erhebt den Anspruch auch eine Wertegemeinschaft zu sein. Europaweit und in manchen Ländern besonders sind jedoch Absetzbewegungen spürbar, sowohl von Europa als Gemeinschaft als auch von ihren gemeinsamen Werten. Wir wollen ein Europa, in dem Grund- und Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern gelebt werden. Ein Europa, deren Mitgliedstaaten zusammenhalten und sich als Teil einer Gemeinschaft verstehen. Ein Leben ohne Angst und Diskriminierung muss in Europa für alle Menschen möglich werden.

407

408

409

410

411

412

413

414

415

416

417

418

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

Hamburg – ein europäischer Weg

432

433

434

435

436

437

Als alte Hansestadt mit seinem großen Hafen ist Hamburg schon seit Jahrhunderten in Deutschland das Tor zu Welt. Der interkulturelle Austausch, sowie eine einzigartige Willkommenskultur haben hier Tradition. Diese gilt es zu bewahren und auszubauen, um vor Ort in Hamburg mehr Europa zu schaffen.

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

- Wir wollen, dass Schüleraustauschprogramme zukünftig direkt durch die Europäische Union und stärker durch die Stadt Hamburg finanziell gefördert werden. Politische Bildung ist ein Schlüssel zur Schaffung und Stärkung eines europäischen Bewusstseins.
- Wir fordern den Hamburger Senat und die Bürgerschaft auf, dass Schülerinnen und Schüler kostenlos die Volkshochschulen besuchen können, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und um neue, nicht in der jeweiligen Schule angebotenen Sprachen erlernen zu können.
- Die Ausweitung von Fremdsprachen an Schulen und Universitäten muss eine hohe Priorität für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Senats haben. Ein Umbau der Schulen und Studiengänge zu dualsprachigen Schulen und

449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459

Studiengängen soll das Ziel sein. Deshalb schlagen wir vor, dass durch Pilotprojekte in Schulen angefangen wird, Unterrichtsfächer, wie zum Beispiel Geschichte oder Geographie in anderen europäischen Sprachen angeboten werden.

- Der Senat soll sich zusammen mit Hamburger Unternehmen dafür einsetzen, dass in den südlichen Mitgliedsstaaten Förderprogramme für Unternehmen mit dualer Ausbildung aufgelegt werden.
- Hamburg muss sich außerdem für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verstärkt einsetzen. Eine Regelung, in der die Überprüfung der jeweiligen Kompetenzen nach deutschen Bildungsstandards durch theoretische und praktische Tests durchgeführt wird, begrüßen wir.

Zukunft der Bundeswehr gewährleisten – Attraktivität erhöhen!

Forderung:

Die Jusos Hamburg fordern, dass die eingesparten Personalmittel aus der Strukturreform der Bundeswehr in die Ausweitung des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr fließen mögen, um eine hinreichende Zahl an Freiwilligen sowie die Zufriedenheit der Zeit- und Berufssoldaten zu gewährleisten.

Die Maßnahmen des Attraktivitätsprogramms reichen von sozialen, materiellen Verbesserungen, Verbesserung der Aus-/Fort- und Weiterbildung, Aufklärungsarbeit und Nachwuchswerbung bis hin zur Verbesserung/Flexibilisierung von Laufbahnen.

Begründung:

Einer der wichtigsten Punkte der 2010 begonnenen Bundeswehrreform war die Abschaffung der Wehrpflicht und die Transformation der Bundeswehr in eine reine Freiwilligenarmee. Aus einer konventionellen Streitmacht aus denen sich der überwiegende Teil der Mannschaftsgrade aus Wehrpflichtigen speist, sollte eine Streitmacht werden, die auf jeder Ebene aus Freiwilligen besteht.

Die Bundeswehr soll nach dem Willen des Bundestages mit vollendeter Transformation zur Freiwilligenarmee aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie zivil Beschäftigten bestehen. Um diese Zahlen zu gewährleisten ist es vonnöten, jährlich 12.500 neue Soldaten nach dem freiwilligen Wehrdienst zu gewährleisten. Um ein angemessenes qualitatives Niveau der Bundeswehr zu garantieren ist es laut dem Verteidigungsministerium vonnöten, dass auf jede freie Stelle zwei Bewerber kommen. Dies würde eine Zahl von 25.000 Freiwilligen pro Jahr voraussetzen. Die Zahlen¹ aus den Jahren 2012 und 2013 entsprechen nicht dieser Vorgabe, vielmehr fallen sie. Dramatisch fällt es beispielsweise im Blick auf die ersten Quartale der Jahre 2012 und 2013 auf. Während im Januar und April 2720 und 1460 Freiwillige gezählt wurden, waren es im Jahre 2013 lediglich 1607 und 615 Freiwillige. Nichts deutet darauf hin, dass sich diese Zahlen im Jahr 2014 stabilisieren oder gar steigen werden.

Es ist schwer, Attraktivität und Umbau der Bundeswehr in Einklang zu bringen. Gerade wenn der Reform weniger die Intention einer Transformation der Streitkräfte sondern primär die Entlastung des Bundeshaushalts hatte. Die Neuausrichtung ist für die Interessenten wie Angehörigen der Bundeswehr erneut mit gravierenden persönlichen Veränderungen verbunden. Die Freiwilligen sind dazu nur zum Teil in den Regelbetrieb eingebunden. Standorte werden geschlossen, Mannschaften wie Offiziere versetzt oder anderen Truppenteilen zugeordnet. Dies schadet der Moral der Truppe. Nur hochmotiviertes Personal ist bereit, diesen schwierigen Umgestaltungsprozess mitzugehen. Um zu wichtiger ist es, den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv wie möglich zu gestalten. Doch selbst die wenigen Freiwilligen sind nur ungenügend in den Regelbetrieb eingebunden.

¹ Personalstatistik der Bundeswehr 2012, 2013 (Quelle: Bundesministerium für Verteidigung)

506

507 Die bisherige Bundesregierung hat es versäumt, die Neuausrichtung zur Stärkung
508 unserer Bürgergesellschaft zu nutzen. Eine Kultur der Freiwilligkeit ist wesentliche
509 Grundlage unseres Gemeinwesens. Leider zeigte die letzte schwarz-gelbe
510 Bundesregierung keinen Ehrgeiz, ein erweitertes und nachhaltiges
511 Attraktivitätsprogramm² auf den Weg zu bringen. Die letzten Programme zur
512 Steigerung der Attraktivität wurden durch den sozialdemokratischen
513 Verteidigungsminister Peter Struck veranlasst. Diese wurden von seinen inzwischen vier
514 Nachfolgern aus den Reihen der Union weder ergänzt noch verstärkt, sondern vielmehr
515 sogar nicht verlängert. Dies ist der falsche Weg zum Aufbau einer Freiwilligenarmee.
516 Unter der Maßgabe, junge Männer und Frauen für den Eintritt in die Bundeswehr zu
517 begeistern ist es essentiell, modernen Lebensformen und Familienstrukturen
518 entgegenzukommen. Gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur im
519 Blick auf die heutige Gesellschaft unentbehrlich, sondern per Gesetz festgelegte Pflicht
520 der Regierung gegenüber ihren Soldaten.³ Den angehenden wie aktuellen Soldaten der
521 Bundeswehr ist es nicht zuzumuten, die Entbehrungen der Strukturreform zu und ihnen
522 im Gegenzug nicht entgegenzukommen:

523

524 Verkürzte Einsatzdauer, Schaffung von Familienbetreuungszentren oder Anhebung der
525 Eingangsbesoldung sind als vielleicht wichtigste Maßnahmen durch Peter Struck zu
526 nennen, die den Dienst in den Streitkräften attraktiver gemacht haben und maßgeblich
527 dafür verantwortlich waren, dass in den 2000ern eine Vielzahl von jungen Männern und
528 Frauen für eine Karriere in der Bundeswehr entschieden. Eine Fortführung dieser Ideen
529 fehlt seit dem Beginn der Reform im Jahre 2010 völlig. Es ist Zeit, an sie anzuknüpfen:

530

531 Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, planbarer
532 Verwendungsaufbau, Erhalt der Betreuungseinrichtungen in den
533 Bundeswehrliegenschaften, Penderwohnungen, gesetzliche Neuregelungen für
534 Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung, um nur den dringlichsten Bedarf zu
535 nennen, müssen umgehend angegangen werden.

536

537 Um dies zu gewährleisten fordern die Jusos Hamburg, dass die eingesparten Mittel im
538 Haushalt des Bundesministeriums für Verteidigung durch den Personalabbau in das
539 Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr fließen mögen. Alleine schon beim
540 Zivilpersonal wurden 0,75 Milliarden Euro eingespart.⁴ Durch eine Erhöhung jenes
541 Budgets können oben genannte Vorschläge angegangen und dadurch neue
542 Interessenten für die Bundeswehr gewonnen werden. Neue Männer und Frauen, die
543 dringend nötig sind um die Zahl der jährlichen Freiwilligen zu erfüllen und so das
544 Konzept einer Freiwilligenarmee aufrecht zu erhalten.

² Das „Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ beinhaltet 82 Einzelmaßnahmen. Diese reichen von sozialen Maßnahmen, materiellen Verbesserungen, Verbesserung der Aus-/Fort- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung bis hin zur Verbesserung/Flexibilisierung von Laufbahnen. (Quelle: Bundesministerium für Verteidigung)

³ §§ 80 II 1 SG ;§ 80 I, IV BGG

⁴ Einzelplan 60, Strukturreform (Quelle: Bundesministerium für Verteidigung)

545

Verteilung des Antragsbuchs ausschließlich auf digitalem Weg

546

547

548

Forderung:

549

550

551

552

553

554

Die Juso-Landesdelegiertenversammlung möge beschließen, dass in Zukunft, dass die Einladung samt Tagesordnung und Antragsbuch per E-Mail verschickt werden. Delegierte, die beider SPD keine E-Mailadresse hinterlegt haben, erhalten die Einladung postalisch.

555

Begründung:

556

557

558

559

560

561

562

563

Im Rahmen der Organisation der aktuellen LDK kam es zu einer Terminverschiebung, weil die schriftlichen Einladungen deutlich zu spät bei den Delegierten eintrafen. Der Preis für den Versand einer Einladung inkl. Antragsbuch betrug laut Poststempel 1,45€. Der Preis für einen Standardbrief oder gar ein Brief als Infopost o.ä. liegen bei nicht mal der Hälfte dieses Preises. Es wäre also ökonomisch sinnvoll, das Antragsbuch nicht in gedruckter Fassung mitzusenden, da dies den schwersten Teil der Postsendung ausmacht.

564

565

566

567

568

569

570

571

Ferner muss das Antragsbuch durchaus auch gedruckt werden, was einen hohen Papierverbrauch zur Folge hat. Da außerdem ein gewisser Anteil der gedruckten Antragsbücher quasi ungenutzt der Verwertung zugeführt wird – schließlich kriegen deutlich mehr Jusos eine Einladung, als tatsächlich zur LDK kommen können und dürfen – ist teilweise der Ausdruck sogar komplett überflüssig. Es wäre also besser, den Mitgliedern, die zur LDK kommen müssen, den Ausdruck selbst zu überlassen, bzw. vor Ort eine rationale Menge Ausdrucke vorrätig zu haben. Es ist also ökologisch sinnvoll, auf das Antragsbuch in gedruckter Form in der Einladung zu verzichten.

572

SPD 2.0 – Digitale Distrikte als wichtiger Schritt in eine demokratische Zukunft

573

574

575

Wir fordern den Landesvorstand der SPD Hamburg auf:

576

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

588

589

590

Des Weiteren fordern wir die Kreise der SPD Hamburg auf:

591

592

593

594

595

596

597

598

599

600

601

Begründung:

602

603

604

“Wir wollen mehr Demokratie wagen” - Willy Brandt

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

Die SPD ist die älteste Volkspartei Deutschlands. Das 150-jährige Jubiläum im vergangenen Jahr hat deutlich gemacht, wie viel Tradition und Geschichte in der SPD steckt und was wir bislang alles erreicht haben. Zudem ist sie die mitgliederstärkste Partei in Deutschland. Als Volkspartei haben wir den Anspruch, die gesamte Breite der Gesellschaft mitzunehmen.

Allerdings hat sich die Gesellschaft in den letzten 150 Jahren stark verändert. Veränderungen die von der SPD teilweise verpasst wurden. Das lässt sich mit Blick auf die Zahlen vor allem an den sinkenden Mitgliederzahlen und unseren schwachen Ergebnissen bei den letzten beiden Bundestagswahlen ablesen. Der SPD gelingt es nicht so wie früher alle Teile der Gesellschaft in ihre wichtige Arbeit einzubinden und von dieser zu überzeugen.

Etwas anders sieht es hingegen in Hamburg aus. Obwohl fünf Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft sitzen, regiert die SPD allein. Einzigartig in Deutschland.

620 Auch ist die Wahrnehmung eine bessere als diese bundesweit vorherrscht. Die SPD hat
621 unter ihrem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Olaf Scholz gezeigt, dass die
622 SPD regierungsfähig ist und die Kernthemen der Stadt kompetent besetzt.



623
624 Doch auch in Hamburg ist die Anzahl der aktiven Mitglieder in der SPD stagniert. Ein
625 heterogenisierter Alltag ist dabei ein häufiges Hindernis an der aktiven Teilnahme
626 innerhalb der Partei. Von der Alleinerziehenden bis hin zum Zeitarbeiter gibt es viele
627 Menschen denen es schlichtweg nicht möglich ist an abendlichen Sitzungen
628 teilzunehmen. Es müssen deshalb neue Wege gefunden werden, sich politisch in der
629 Struktur der SPD zu beteiligen.

630
631 Wir begrüßen deshalb die Pläne der SPD Hamburg sogenannte „Digitale-Distrikte“
632 einzuführen. Durch die vielfältigen Möglichkeiten die uns das Internet bietet, gibt es
633 eine Mehrzahl von Optionen einer aktiven Partizipation für jedermann. Ein wichtiger
634 Schritt in die Zukunft. Außerdem kann Hamburg auch hier eine Vorreiterrolle
635 übernehmen. Mit dem einzigartigen Distrikt “Heiligengeistfeld” hat Hamburg bereits
636 Erfahrungen mit solchen strukturellen Projekten. Wichtig dabei ist, dass jeder der sieben
637 Kreise in Hamburg einen Digitalen Distrikt gründet um den örtlichen Bezug nicht zu
638 verlieren.

639
640 Der “Digitale Distrikt” wird wie alle anderen Distrikte per Vollversammlung gewählt.
641 Dafür bedarf es laut Satzung einer genau bestimmten Fläche auf welcher der Distrikt
642 “beheimatet” ist. Diesen Umstand sollten wir sinnvoll nutzen. Die Kreise sollten
643 angehalten werden attraktive und/oder symbolische Flächen wie z.B. den Stadtpark in
644 Hamburg Nord oder den Rathausmarkt in Hamburg Mitte zu nehmen. Die erste
645 Gründung in Hamburg sollte dabei mit einem Festakt einhergehen. Dieser Festakt sollte
646 von Olaf Scholz als Landesvorsitzendem begleitet werden. Die Gründungen dürfen
647 keinesfalls zu rein parteiinternen Veranstaltungen werden sondern müssen Interesse in
648 der Öffentlichkeit wecken. Die Gründung der Digitalen Distrikte muss zeitlich auf jeden
649 Fall so erfolgen, dass diese pünktlich zur Bürgerschaftswahl kampagnenfähig sind.

650
651 Um bei den bereits aktiven Mitgliedern der SPD das Interesse zu wecken, muss der
652 Prozess mit größtmöglicher Transparenz erfolgen. Schon im Vorfeld muss der
653 Informationsstand aller Mitglieder so hoch sein, dass man sich rechtzeitig vor der
654 Gründung dazu entscheiden kann an diesem Projekt teilzunehmen. Zudem muss es eine
655 Sonderregelung betreffend der Rückkehr in die “physischen” Distrikte geben. Das
656 normale, teilweise zeitintensive und umständliche Verfahren, das beide
657 Distriktsvorstände zustimmen müssen, sollte für den Zeitraum von einem Jahr ab
658 Beitritt zum Digitalen Distrikt aufgehoben werden. Somit hat jedes Mitglied, das an
659 diesem Projekt mitarbeiten möchte, die Gewissheit ohne Probleme in die gewohnte
660 Struktur zurückkehren zu können, sollte das Projekt misslingen oder das Mitglied sich
661 aus persönlichen Gründen umentscheiden. Nur so kann man gegebenenfalls
662 vorhandene Hemmschwellen weiter abbauen und auch aktive Genossinnen und
663 Genossen motivieren an diesem Projekt mitzuarbeiten.

664
665 Die Infrastruktur der Digitalen Distrikte muss sowohl autark als auch
666 benutzerfreundlich sein. Wir begrüßen deshalb den Ankauf eines eigenen Servers. In
667 Zeiten von NSA und Prism muss der Datenschutz groß geschrieben werden. Die
668 bereitgestellte Software muss dabei nicht nur den Anforderungen der typischen
669 Distriktsarbeit entsprechen, sondern muss auch leicht zugänglich sein und ständig
670 anhand der Bedürfnisse weiterentwickelt werden. Die vorhandene Kompetenz in den
671 Bereichen IT und Social Media, die in der Partei vorhanden ist, muss genutzt werden.



672 Dabei dürfen die “Web fernen” Genossinnen und Genossen nicht verloren gehen. Dazu
673 sollten auch in den Digitalen Distrikten physische Treffen außerhalb der
674 Vollversammlungen mit Wahlen begleitend stattfinden.

675

676 Ziel muss es ferner sein, die gewonnen Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten zur
677 politischen Arbeit, welche in den Digitalen Distrikten gewonnen werden, an die übrigen
678 Distrikte und sämtliche Arbeitsgemeinschaften weiter zu geben und deren Nutzung zu
679 ermöglichen. Ob die Digitalen Distrikte über kurz oder lang als Brückentechnologie zu
680 sehen sind um die digitalen Elemente in die bestehende Struktur zu transportieren, oder
681 sie langfristig Bestand haben sollen, muss fortlaufend evaluiert werden. Wichtig ist aber
682 zunächst, dass dieses Projekt mit der nötigen Intensität angepackt wird.

Demokratieerklärung erhalten.

683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730

Zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg

Forderung:

Wir fordern den vollständigen Erhalt der Demokratieerklärung sowie die Ausweitung auf sämtliche weitere Fördermittel des Bundes.

Begründung:

Der zivilgesellschaftliche Einsatz gegen Rechtsextremismus und für eine weltoffene, Tolerante Gesellschaft ist eine wichtige Aufgabe, die völlig zu Recht von der Bundesrepublik mit mehreren Programmen gefördert wird. Seit 2011 müssen Initiativen, die Fördergelder aus den Bundesförderprogrammen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ erhalten eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Seit 2012 lautet die Erklärung:

"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen."

Bundesfamilienministerin Schwesig hat nun angekündigt, diese, häufig auch Extremismusklausel genannte, Erklärung abschaffen zu wollen. Wir halten das für falsch. Es ist nicht zu viel verlangt, dass sich Initiativen und Träger die Geld vom Staat erhalten sich auch zu dessen Grundordnung bekennen und dafür Sorge tragen, dass sie nicht mit Organisationen zusammen arbeiten, die das Grundgesetz in Frage stellen.

Uns geht es nicht darum, linke Initiativen, die unterstützenswerte Projekte für eine tolerante Gesellschaft unter einen Generalverdacht zu stellen. Für uns ist es vielmehr eine Selbstverständlichkeit, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht wertvolle Fördergelder in verfassungsfeindliche Organisationen steckt und auch sicherstellt, dass diese nicht an geförderten Projekten mitarbeiten. Wir begrüßen die Abänderung der Demokratieerklärung durch das Familienministerium im Jahr 2012 weg von einem schwammigen Extremismusbegriff, hin zu einem schlichten Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Beschwerden mancher Initiativen mit dem Hinweis, sie hätten 10% ihrer Ehrenamtlichen durch die Demokratieerklärung verloren erfüllt uns nicht mit Sorge. Wer sich weigert, sich zum Grundgesetz zu bekennen, hat in unseren Augen auch keinen Anspruch auf Fördergelder.



731

732 Die Bestrebungen, die Demokratieerklärung abzuschaffen, erfüllen uns mit
733 Unterverständnis.

734 EU-Richtlinie 2006/40/EG, Absatz 4 nicht ratifizieren!

735
736 *Zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos*

737
738 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg*

739 **Forderung:**

740
741
742 Die Richtlinie 2006/40/EG Absatz 4 des Europäischen Parlamentes sowie des
743 Europäischen Rates in der Fassung vom 17. Mai 2006 soll nicht durch die Bundesrepublik
744 Deutschland ratifiziert werden. Weitergehend soll sich auf europäischer Ebene die
745 Bundesregierung für eine Veränderung des genannten Absatzes der Richtlinie, bei der
746 der maximale GWP-Wert von 150 auf 1.500 heraufgesetzt wird engagieren.

747 **Begründung:**

748
749
750 Am 17. Mai 2006 beschlossen das Europäische Parlament sowie der Europäische Rat die
751 Richtlinie 2006/40/EG, auch bekannt als MAC (Mobile air-conditioning systems)-
752 Richtlinie. In Absatz 4 der genannten Richtlinie steht wörtlich

753
754 *„Damit das Verbot bestimmter fluorierter Treibhausgase greift, muss die*
755 *Möglichkeit eingeschränkt werden, in Kraftfahrzeuge nachträglich Klimaanlage*
756 *einzubauen, die dafür ausgelegt sind, fluorierte Treibhausgase mit einem*
757 *Treibhauspotenzial von über 150 zu enthalten; ferner muss die Überfüllung von*
758 *Klimaanlagen mit solchen Gasen verboten werden.“*

759
760 Der letzte Satz dieses Absatzes erlaubt es den Autoherstellern nun nicht mehr wie
761 gewohnt, die Klimaanlage ihrer Autos mit dem Kühlgas R134a, chemisch 1,1,1,2-
762 Tetrafluorethan, zu befüllen. Ab 2017 ist der Verkauf, nach EU-Bestimmungen, von
763 Neuwagen mit R134a-befüllten Klimaanlage verboten.

764
765 R134a ist der Nachfolger von verschiedenen Verbindungen der
766 Fluorchlorkohlenwasserstoffe, bekannt als FCKW, welche seit der Londoner Konferenz
767 (1990) kaum noch eine Verwendung finden. Je nach Verbindung (es wurden
768 hauptsächlich 6 verschiedene verwendet) liegen die GWP (Global Warming Potential, z.
769 dt. Treibhauspotenzial)-Werte zwischen 4.750 und 10.000. Des Weiteren schädigen
770 Fluorchlorkohlenwasserstoffe sehr stark unsere Ozonschicht. Einfache Reaktionen
771 zwischen Fluorchlorkohlenwasserstoffen und der Ozonschicht führen zur Reduzierung
772 des triatomaren Ozons durch radikalisierte Chloratome zu biatomaren Sauerstoff-
773 Molekülen.

774
775 1,1,1,2-Tetrafluorethan ist eine chemische Bindung aus der Gruppe der
776 Fluorkohlenwasserstoffe und wird unter dem Namen R134a vertrieben. Der GWP-Wert
777 von R134a liegt bei 1.430, also deutlich unter dem von Fluorkohlenwasserstoffen. Durch
778 fehlende Chloratome in der Verbindung wird die Ozonschicht nicht zerstört.

779
780 Nun liegt der GWP-Wert, der sich an dem Treibhauspotenzial von Kohlenstoffdioxid
781 orientiert, doch sehr hoch. Jährlich verliert eine Klimaanlage bis zu 8,2% ihres

782 Kältemittels, dieses entweicht in unsere Atmosphäre. Daraufhin wurde R1234yf als
783 Lösung gepriesen.

784

785 2,3,3,3-Tetrafluorpropen, handelsüblich als R1234yf bezeichnet, hat einen GWP-Wert von
786 4, ist also 4-mal so hoch wie der von CO₂.

787

788 Allerdings wird R1234yf als hochentzündlich eingestuft (Brennstoffklasse F+). Die
789 Selbstzündungstemperatur ist sehr gering und liegt zwischen 400°C und 405°C.
790 Außerdem entsteht bei der Verbrennung stark ätzende Fluorwasserstoff, die
791 sogenannte Flusssäure, sowie giftiges Carbonylfluorid.

792

793 Viele verschiedene Institute in Deutschland warnen inzwischen vor R1234yf. Die
794 Deutsche Umwelthilfe hat mehrere Studien durchgeführt und analysiert und ist zu dem
795 Schluss gekommen, dass die Risiken bei Unfällen viel zu hoch seien, um die
796 Umweltvorteile von R1234yf gegenüber R134a zu überwiegen, und warnt dringend vor
797 dem Einsatz des Kältemittels.

798

799 Deshalb fordert der Juso Bundesverband die Europäische Kommission dazu auf, den 4.
800 Absatz der EU-Richtlinie 2006/40/EG hin zu einer möglichen Verwendung von R134a zu
801 verändern und sich für eine weitere Forschung in der Kältetechnik einzusetzen und nicht
802 erneut so vorschnell zu handeln.

803 **Studienplätze schaffen, statt Rechtsschutz verkürzen!**

804

805 *Zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion*

806

807 *Zur Weiterleitung an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz*

808

809 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg*

810

811 **Forderung:**

812

813 Die SPD Bürgerschaftsfraktion möge den Entwurf des Ausbildungskapazitätengesetz
814 (AKapG) des Senats ablehnen und die Bürgerschaftsfraktion oder der Senat eine
815 grundlegende Neugestaltung des Gesetzes vornehmen. Das im derzeitigen Entwurf
816 geregelte Verfahren zur Festlegung der Studienplatzkapazitäten ist bewusst
817 intransparent gestaltet, die Bestimmung der Zulassungshöchstzahlen wird in das
818 Ermessen von Behörden gelegt ohne nachprüfbare Verfahrens- und
819 Berechnungsschritte zu nennen und dient einzig dazu, den Studienplatzbewerbern ihre
820 Rechtsschutzmöglichkeiten bei Ablehnung durch die Universität zu entziehen. Dies ist
821 nicht nur hochschulpolitisch abzulehnen, sondern auch wegen Verstoßes gegen Art. 12
822 GG und Art. 19 Abs. 4 GG verfassungswidrig.

823

824 **Begründung:**

825

826 Erklärtes Ziel des Gesetzesentwurfes ist es, Studienplatzklagen zu verhindern.⁵ In dem
827 Gesetzesentwurf heißt es dazu: „das geltende Kapazitätsrecht [ist] sehr stark auf die
828 Interessen der Bewerberinnen und Bewerber fokussiert [...]“. Die derzeitige Situation, in
829 der sich bis zu 1000 Studenten pro Semester einklagen, führe zu mangelnder Betreuung
830 der Studierenden.

831

832 Richtig ist, dass das derzeitige Verfahren zur Kapazitätsentwicklung reformbedürftig ist.
833 Es ist noch auf eine alte Gesetzeslage mit bundeseinheitlichen Mustercurricula
834 zugeschnitten und berücksichtigt die neue Hochschulautonomie und
835 Studienfachvielfalt nicht hinreichend. Hierdurch ist das streng regulierte und damit
836 gerichtlich gut nachprüfbare Verfahren stark fehleranfällig und ist nicht geeignet,
837 zuverlässig die vorhandenen Kapazitäten an den Hochschulen zu ermitteln. Dieses
838 Problem sucht der Gesetzesentwurf zu vermeiden, indem nunmehr die Festlegung der
839 vorhandenen Kapazitäten – also die Zahl der Studienanfängerplätze für die einzelnen
840 Fächer gem. § 3 des Gesetzesentwurfes – durch die für das Hochschulwesen zuständige
841 Behörde und die Hochschule jedes Studienjahr autonom vereinbart werden soll, ohne
842 dass bestimmte Richtwerte oder Berechnungsmaßstäbe im Gesetz vorgesehen sind. Die
843 so vereinbarten Kapazitätsgrenzen wären dadurch nicht mehr überprüfbar und lägen
844 vollkommen im Beurteilungsermessen der beteiligten Hoheitsträger.

845

846 Diese Verlagerung in die Beurteilung von Hochschule und zuständiger Behörde soll dann
847 – nach Auffassung des Senats – zur Folge haben, dass die so entstanden
848 Kapazitätsgrenzen und Studienanfängerplätze gerichtlich nur noch schwer angreifbar

⁵ Bürgerschaftsdrucksache 20/9095, S. 2.

849 sind, da gesetzlich den Behörden vorbehaltene Planungsentscheidungen nur sehr
850 eingeschränkt durch Gerichte überprüfbar sind. Die Gerichte wären dann auf die
851 Prüfung der Beurteilungsfehler beschränkt und dürften – sowohl die Vorstellung der
852 Gesetzesinitiatoren – anders als jetzt nicht mehr selbst überprüfen, ob die vorhandenen
853 Kapazitäten an den Universitäten durch die festgelegten Studienplatzanfängerplätze
854 voll ausgeschöpft sind.

855
856 Diese Rechtsauffassung ist freilich falsch. Sie verkennt, dass die
857 Zulassungsentscheidung zu Universitäten eine höchst grundrechtssensible ist, die im
858 Lichte der Berufsfreiheit nach Art. 12 GG zu beurteilen ist. Dies hat das BVerfG in
859 zahlreichen Entscheidungen klargestellt. Denn jede Ablehnung eines Studienbewerbers
860 stellt einen erheblichen Eingriff in seine Berufswahlfreiheit dar. In Hamburg ist das
861 Problem zudem von besonderer Bedeutung, da für fast alle in Hamburg angebotenen
862 Studienfächer ein Überschuss an Bewerbern besteht.⁶ Für eine so erhebliche
863 Entscheidung wie die Bestimmung der Studienanfängerplätze nun ein Verfahren
864 einzuführen, dass durch seine Intransparenz gerichtlich unüberprüfbar gemacht werden
865 soll, missachtet den Grundsatz des Grundrechtsschutzes durch Verfahren und verletzt
866 das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz aus Art. 19 Abs. 4 GG.⁷ Der Gesetzesentwurf
867 ist daher als verfassungswidrig zu bewerten.

868
869 Neben den juristischen Bedenken ist das Gesetz auch hochschulpolitisch äußerst
870 fragwürdig. So soll durch das AKapG ein hohes Ausbildungsniveau gesichert werden (§ 1
871 Abs. 1 Nr. 1 Entwurf AKapG). Erst an dritter Stelle ist das Ziel benannt, die „Nachfrage an
872 Studienplätzen angemessen zu befriedigen“ (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 Entwurf AKapG). Zwar ist
873 das Bestreben nach hoher Qualität der Hochschulbildung natürlich unterstützenswert.
874 Gleichwohl kann es wohl kaum auf dem Rücken derjenigen realisiert werden, die dann
875 infolge dessen auf ihren Studienplatz und damit womöglich auf ihren Traumberuf
876 verzichten müssten. Die angemessene Befriedigung der Nachfrage an Studienplätzen ist
877 vor dem Hintergrund des anwachsenden Fachkräftemangels in der Bundesrepublik
878 politisch mindestens auf gleicher Stufe wie die Qualitätssicherung anzusiedeln, zumal
879 auch durch die jetzigen Studienplatzklagen kein übermäßiger Qualitätsverlust der
880 universitären Lehre und Forschung in Hamburg eingetreten sein dürfte.
881 Sozialdemokratische Hochschulpolitik darf keine reine Elitenförderung darstellen.
882 Vielmehr sollte sie Wege aufzeigen, möglichst vielen Menschen aus allen sozialen
883 Gesellschaftsschichten einen Zugang auf Hochschulbildung zu gewähren.

884
885 Der derzeitige Entwurf des AKapG ist daher sowohl aus verfassungsrechtlichen wie auch
886 aus hochschulpolitischen Gründen abzulehnen. Stattdessen sind Senat und die SPD-
887 Bürgerschaftsfraktion dazu berufen, ein neues transparentes, gerichtlich überprüfbares
888 Verfahren zur Festlegungen der Hochschulkapazitäten zu schaffen, das die Realitäten
889 des Hochschulwesens angemessen berücksichtigt und daher eine bessere
890 Kapazitätsbestimmung erlaubt als die derzeitige Regelung. Die Grundrechte der
891 Studienplatzbewerber müssen dabei aber weiterhin im Mittelpunkt der Überlegungen
892 stehen.

⁶ Bürgerschaftsdrucksache 20/9095, S. 3.

⁷ So auch der Sachverständige RA Hansen in der Anhörung des Wissenschaftsausschusses, Protokoll Nr. 20/20 vom 10.12.2013, S. 4 f.

893 **Mehr innovative Fernseh-Formate für junge Menschen bei**
894 **ARD & ZDF.**

895 **Für eine echte Generationengerechtigkeit auch im**
896 **Hauptprogramm.**

897 *Zur Weiterleitung an den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg,*
898 *Olaf Scholz*

900 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg*

902

903 **Forderung:**

904

905 Die Jusos Hamburg fordern den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz dazu auf, bei der
906 nächsten Ministerpräsidentenkonferenz darauf hinzuwirken, dass neben der Einführung
907 eines gemeinsamen Jugendkanals von ARD und ZDF die Ausstrahlung innovativer
908 Fernseh-Formate für junge Menschen in einem verstärkten Maße im Hauptprogramm
909 beider Sender erfolgen wird.

910

911 **Begründung:**

912

913 Seit geraumer Zeit steht das Projekt eines gemeinsamen Jugendkanals von ARD und ZDF
914 in der Diskussion. Dabei soll für etwa 45 Millionen Euro ein eigener Jugendsender
915 geschaffen werden, um dadurch die Attraktivität öffentlich-rechtlicher Sender für die
916 Zielgruppe der 14-29-jährigen zu erhöhen. ARD und ZDF sind von der zuständigen
917 Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober dazu aufgefordert worden, ein neues
918 Konzept zu erarbeiten, über das auf der nächsten Konferenz im März beraten werden
919 soll.

920

921 Die Jusos Hamburg befürworten die Realisierung eines solchen Jugendkanals
922 ausdrücklich, da hiermit eine Plattform geschaffen wird, auf der junge Formate
923 gesendet werden, die allein aus der Perspektive der Qualität heraus entstanden sind
924 und den Gesetzen der Quote zumindest kurzfristig unterliegen könnten.

925

926 Die Einrichtung eines Jugendkanals entbindet die Programmverantwortlichen der
927 öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF allerdings keinesfalls davon, auch zukünftig
928 und in verstärkter Form Sendungen für junge Menschen innerhalb des
929 Hauptprogramms zu entwickeln. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch
930 Beiträge von Gebührenzahlern aller Altersklassen finanziert, woraus sich nicht zuletzt
931 die Forderung nach einer angemessenen Berücksichtigung der jungen Generation
932 erklären lässt. Insbesondere vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden
933 Programmvielfalt in der dualen Rundfunklandschaft in Deutschland und zahlloser
934 kostenfreier Angebote im Internet steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor der
935 Herausforderung, Jugendliche von der Notwendigkeit seiner Existenz zu überzeugen, die
936 notwendiger denn je geworden ist.

Hamburg braucht wieder ein echtes Sozialticket!

937
938
939
940
941
942
943
944
945
946
947
948
949
950
951
952
953
954
955
956
957
958
959
960
961
962
963
964
965
966
967
968
969
970
971
972
973
974
975
976
977
978
979
980
981

Forderung:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und die Bürgerschaftsfraktion der SPD beraten und beschließen, dass die Sozialbehörde Gelder zur Verfügung stellt, um in Zusammenarbeit mit dem HVV ein Sozialticket zu schaffen, welches den Inhabern einer Sozialkarte nicht mehr als den dafür vorgesehenen Regelbedarf für den Bereich Mobilität kostet.



Begründung:

Mobilität ist wichtig. Nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für jeden einzelnen Menschen, um an eben diesem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Gerade für Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden und beispielsweise eine Arbeitsanstellung oder eine Wohnung suchen, ist Mobilität existenziell. Wer zudem regelmäßig zu den verschiedensten Ämtern muss, um dort Leistungen zu beantragen, gehört oftmals zu jenen Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen und deswegen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Bis 2003 gab es deswegen in Hamburg das Sozialticket, welches Sozialhilfeempfängern ermöglichte, für 15,50 € Bus und Bahn zu fahren. 13,25 € wurde von der Sozialbehörde als Ausgleich an den HVV gezahlt. Bereits damals forderten die Jusos Hamburg die Regierung aus CDU/FDP/Schill-Partei auf, diese Streichung aus dem Jahre 2003 zurückzunehmen.

Mittlerweile können Hamburger, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem 3. Kapitel des Sozialgesetzbuches XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des Sozialgesetzbuches XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten oder zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören, die eine der genannten Sozialleistungen erhält, eine Sozialkarte beantragen, womit deren Besitzer 19€ weniger auf Zeitkarten des HVV zahlen. Während dies als große Errungenschaft des Sozialstaats angepriesen wird, sieht die Realität anders aus: Hartz-IV-Empfänger beispielsweise erhalten derzeit 24€ im Monat (der Beitrag soll 2014 auf 24,60€ angehoben werden) für Bus- und Bahnfahrkarten, eine Monatskarte für den Großbereich, die zeitlich nicht begrenzt ist, kostet mind. 81,90€ (mit Sozialrabatt 62,90€). Eine CC-Karte, die u.a. morgens nicht gilt, weswegen für Behördengänge in der Regel zusätzliche Einzelfahrkarten erworben werden müssten, kostet mind. 47,30€ (mit Sozialrabatt 28,30€).

Nicht nur, dass dies horrenden Preise und für einen Hilfsleistungsempfänger unzumutbar sind, die derzeitige Situation treibt eben jene Menschen oftmals zum „Schwarzfahren“. Werden Personen wegen wiederholten Fahrens ohne Ticket zu einer „Ersatzfreiheitsstafe“ verurteilt, kostet ein Hafttag den Steuerzahler über 150€. Das waren 2009 519 Menschen.⁸

⁸ Auf eine Anfrage von Hinz & Kunzt antwortete die Justizbehörde, dass aktuellere Zahlen nur mit sehr hohem Aufwand zu ermitteln wären, weswegen keine aktuelleren Zahlen vorliegen.



982 Eine sozialdemokratisch geführte Stadt sollte die Möglichkeit nutzen ein „echtes“
983 Sozialticket wieder einzuführen, um auch den Menschen mit wenig Geld die Möglichkeit
984 zu geben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Da Mobilität unerlässlich ist,
985 darf ein Sozialticket nicht mehr kosten als der Regelbedarf einem
986 Sozialleistungsempfänger dafür zur Verfügung stellt.

987 **Eine vereinte und starke SPD auf dem Campus – JETZT!**

988

989

Wir fordern den Landesvorstand der SPD Hamburg auf:

990

991

1. Sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten die bei der vergangenen Wahl zum Studierendenparlament der Universität Hamburg (UHH) auf anderen politischen Listen unter Angabe der Parteizugehörigkeit kandidiert haben, schriftlich auf das zukünftige Vorgehen hinzuweisen und abzumahnen.

992

993

994

995

2. Sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten die bei der nächsten Wahl zum Studierendenparlament der UHH auf anderen politischen Listen unter Angabe der Parteizugehörigkeit kandidieren, ebenfalls auf dem Rechtswege abzumahnen und die Kandidatur durch Geltendmachung der Namensrechte zu untersagen.

996

997

998

999

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

1011

1012

1013

1014

Begründung:

1015

1016

1017

1018

1019

1020

Unser aller Anliegen ist eine starke Sozialdemokratie in Deutschland. Daran arbeiten wir alle. In Wahlkämpfen engagieren wir uns für das bestmögliche Abschneiden der SPD bei Bundestagswahlen oder wie demnächst bei der Bezirks- und Europawahl. Eine möglichst große Mehrheit in den Parlamenten ist dabei stets unser Ziel, denn nur so kann man sozialdemokratische Politik von der Theorie auch in die Praxis umsetzen.

1021

1022

1023

1024

1025

1026

1027

Seit Jahren kämpft die Juso-Hochschulgruppe für eben diese Politik an der Universität Hamburg. Bei den jährlichen Wahlen zum Studierendenparlament zeigen wir Jahr um Jahr einen couragierten Wahlkampf um möglichst viele Sitze zu erringen. In den letzten 9 Jahren ist es uns mit nur einer kurzen Unterbrechung gelungen so viele Sitze zu erhalten, dass wir anschließend auch die Politik im AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) maßgeblich mitgestalten konnten.

1028

1029

1030

1031

Allerdings gibt es bei der Wahl zum Studierendenparlament und zum akademischen Senat jedes Jahr den erschwerenden Umstand, dass Genossinnen und Genossen auf anderen politischen Listen kandidieren.⁹ Hinzu kommt, dass sie dabei offen mit der Bezeichnung „SPD“ oder „Jusos“ hinter ihrem Namen werben. Bereits 2004 hat der SPD

⁹ Betroffen sind bei der StuPa-Wahl die Listen „harte zeiten – junge sozialisten & fachschaftsaktive“ und „Liste Links“ und bei der Wahl zum akad. Senat das „BAE! – Bündnis zur Aufklärung und Emanzipation“

1032 Landesvorstand beschlossen, dass die Juso-Hochschulgruppe die einzige Vertretung der
1033 SPD an der Universität Hamburg ist und eine Kandidatur auf anderen politischen Listen
1034 mit dem Verweis auf die Parteizugehörigkeit untersagt ist.¹⁰ Dieser Beschluss wurde
1035 nach Anfechtung durch die Landesschiedskommission und durch ein Schreiben des
1036 damaligen Justizars des SPD-Parteivorstandes Dr. Carsten Stender bestätigt.¹¹ Seitdem
1037 blieb das Verhalten der betroffenen Genossinnen und Genossen unverändert. Die Folge
1038 ist, dass wichtige Stimmen für die Juso-Hochschulgruppe verloren gehen. Bei der letzten
1039 Wahl hätte lediglich neun Stimmen mehr gereicht um einen weiteren Sitz im
1040 Studierendenparlament zu erhalten. Bei nur 47 Sitzen im Studierendenparlament und
1041 stets knappen Mehrheitsverhältnissen aufgrund einer großen Anzahl von Listen die
1042 jährlich in das Studierendenparlament einziehen, ist jeder Sitz entscheidend. Die
1043 negativen Folgen sind also deutlich spürbar.

1044
1045 Ein ähnlicher Umstand ergab sich vor kurzem in Köln. An der dortigen Universität gab es
1046 auch eine Vielzahl Genossinnen und Genossen die gegen die offizielle Juso-
1047 Hochschulgruppe unter Angabe ihrer Parteizugehörigkeit kandidiert haben. In der Folge
1048 hat sich die Juso-Hochschulgruppe an den SPD Bundesvorstand gewandt. Dieser hat sich
1049 in Person der damaligen Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks, anwaltlich
1050 vertreten, dagegen zur Wehr gesetzt und diese Kandidaturen untersagt indem die
1051 Namensrechte geltend gemacht wurden.¹² Ein solches Vorgehen gab es seitens des SPD-
1052 Landesvorstandes bereits im Jahre 2004 gegenüber einer Genossin die diesem Beschluss
1053 zuwider handelte.¹³ Zudem wurde das Verbot solcher Kandidaturen dem Präsidium des
1054 Studierendenparlaments angezeigt um diesem schädlichen Verhalten einen Riegel
1055 vorzuschieben.¹⁴

1056
1057 Neben dem parteischädigendem Verhalten einzelner Genossinnen und Genossen ist
1058 auch die Liste „harte zeiten – junge sozialisten & fachschaftsaktive“ an sich ein massives
1059 Problem. Sie suggeriert durch ihr Auftreten eine offizielle Liste der SPD zu sein. Sie
1060 verwendet auf sämtlichen Publikationen und ihrer Internetseite das Logo der Jusos
1061 Deutschland. Darüber hinaus erweckt sie mit der Bezeichnung „junge sozialisten“ und
1062 dem Menüpunkt „Partei & Verband“ auf ihrer Internetseite genau diesen Eindruck.¹⁵ Im
1063 Impressum gibt die Liste sogar an, die Nachfolgeorganisation der „juso-
1064 hochschulgruppe & fachschaftsaktive an der universität hamburg“ zu sein, also der Liste
1065 die durch den Beschluss des SPD Landesvorstandes 2004 aufgelöst und deren
1066 Kandidatur später durch den SPD Landesvorstand auf dem Rechtswege untersagt
1067 wurde.¹⁶ Die Parteimitgliedschaft einzelner Mitglieder auf der Liste wurde zudem dazu

¹⁰ Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 14.06.2004 betreffend der "Satzung/Richtlinien für die Hochschulgruppen der SPD Landesorganisation Hamburg" mit Änderung vom 14.08.2004

¹¹ Beschluss der Landesschiedskommission vom 22.10.2004, Schreiben von Dr. Carsten Stender vom 05.11.2004 an Kajo Wasserhövel sowie Ties Rabe und Daniel Thürauf zur Kenntnis.

¹² Schreiben der RA Kleinheyer vom 11.12.2013

¹³ Schreiben des RA Grote vom 12.11.2004

¹⁴ Schreiben des RA Grote vom 12.11.2004

¹⁵ <http://harte--zeiten.de/partei.html>

¹⁶ Zitat: Bis zum 29. September 2004 wurden die harten zeiten von der "juso-hochschulgruppe & fachschaftsaktive an der universität hamburg" herausgegeben und seit dem 30. September 2004 von "harte zeiten - junge sozialisten & fachschaftsaktive" (siehe Erläuterung auf der Startseite). Quelle: <http://harte--zeiten.de/impressum.html>), darüber hinaus: „Der Name Juso-Hochschulgruppe (kurz für: Jungsozialisten) wurde bis 2004 von uns, der Gruppe „harte zeiten – junge sozialisten und & fachschaftsaktive“ geführt. Die heutige „Juso-Hochschulgruppe“ wurde 2004 dagegen vom SPD-Landesvorstand aus ihrer Vorgängerorganisation „Realos Jetzt!“ konstruiert. Sie steht funktional dem konservativen „Seeheimer Kreis“ der SPD nahe.

1068 missbraucht um auf den E-Mail-Verteiler der Juso-Hochschulgruppe Deutschland zu
1069 gelangen.¹⁷

1070

1071 Schlussendlich hat die betroffene Liste auch einschneidenden Einfluss auf die
1072 Ergebnisse der offiziellen Juso-Hochschulgruppe. Sie arbeitet aktiv gegen die Juso-
1073 Hochschulgruppe an. In regelmäßigen Abständen wird hierbei die Arbeit der Juso-
1074 Hochschulgruppe und auch der SPD verunglimpft.¹⁸ Sie stellt dabei die Juso-
1075 Hochschulgruppe und darüber hinaus einzelne Mitglieder in die rechte Ecke des
1076 politischen Spektrums. Konkret verunglimpft sie die Jusos Hamburg auf ihrer
1077 Internetseite als „rechts“.¹⁹ Dieses gipfelte sogar darin, dass ein aktives Mitglied der
1078 Juso-Hochschulgruppe mit Vergleichen aus der NS-Zeit beleidigt wurde.²⁰

1079

1080 Durch ihren Zugewinn bei der vergangenen Wahl zum Studierendenparlament²¹ wurde
1081 nicht nur mindestens ein weiterer Sitz im Studierendenparlament für die Juso-
1082 Hochschulgruppe verhindert, sondern verhinderte auch unseren Einzug in den Senat.

1083

1084 Ein Fortbestand dieser Liste unter dem Eindruck Teil der SPD und der Jusos zu sein kann
1085 demnach nicht hingenommen werden. Eine Auflösung der Liste muss aktiv verfolgt
1086 werden und notfalls auf dem Rechtsweg durchgesetzt werden. Genossinnen und
1087 Genossen die diese Liste im Sinne des Presserechts gegebenenfalls verantworten,
1088 müssen im Rahmen des Organisationsstatus der SPD Konsequenzen erfahren.

Wir arbeiten für Frieden statt „Militärinterventionen“, für Bildung zur solidarischen Entfaltung statt als „Aufstiegschance“, für Demokratischen Sozialismus statt „ordentliche“ Verwaltung des Kapitalismus. Dafür wirken wir mit linken Bündnispartnern zusammen. Wir sind damit eine Assoziation für sozial-emanzipatorische Politik in der Gesellschaft und in der SPD“ (Quelle: <http://harte--zeiten.de/>)

¹⁷ Siehe E-Mail vom 19. Oktober 2013

¹⁸ http://harte--zeiten.de/dokument_1007.html; http://harte--zeiten.de/dokument_802.html; http://harte--zeiten.de/dokument_841.html; http://harte--zeiten.de/dokument_534.html

¹⁹ <http://harte--zeiten.de/links.html>

²⁰ Zwei Gerichtsverfahren sind aktuell anhängig

²¹ Auf die Liste „harte zeiten – junge sozialisten & fachschaftsaktive“ entfielen nach der vergangenen Wahl 2 Sitze im Studierendenparlament

1089 **Hitzefrei an Hamburger Schulen wieder einführen -**
1090 **Unerträgliche Zustände verhindern!**

1091

1092 **Forderung:**

1093

1094 Die Juso-SchülerInnen Hamburg fordern die Wiedereinführung der Hitzefreiregelung in
1095 den Klassenstufen 5-10 sowie in der Oberstufe. Es soll weiterhin gewährleistet werden,
1096 dass SchülerInnen, welche auf Betreuung während der Schulzeit angewiesen sind, diese
1097 weiterhin erhalten.

1098

1099 **Begründung:**

1100

1101 Die Schulbehörde Hamburg schuf 2008 die Hitzefreiregelung an öffentlichen Schulen
1102 ab, somit ist auch bei hohen, unzumutbaren Temperaturen der Schulunterricht zulässig.
1103 Besonders bei hohen Temperaturen, ist es für SchülerInnen kaum möglich konzentriert
1104 am Schulunterricht teilzunehmen wodurch dieser seinen Zweck nicht mehr erfüllen
1105 kann. Solche Temperaturen sind vor allem in oftmals kleinen Klassenräumen mit
1106 begrenzten Lüftungsmöglichkeiten für SchülerInnen unzumutbar, wodurch der
1107 Unterricht (selbst bei vermindertem Unterrichtsumfang) zu einer Tortur wird. Selbst die
1108 Arbeitsstättenverordnung schreibt bei hohen Temperaturen Lockerungen der
1109 Arbeitsvorgaben sowie die Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser vor. Bei
1110 Temperaturen über 35° in Arbeitsräumen sind diese nicht mehr als solche geeignet.
1111 Auch benachbarten Bundesländern wie Niedersachsen haben bereits
1112 Hitzefreiregelungen an öffentlichen Schulen.

1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158

Flächendeckende Förderung und zwar in alle Richtungen als Teil der Inklusion

Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag und die SPD Bürgerschaftsfraktion

Wir fordern:

- Die Stärkung der Akzeptanz von Hoch- und Teilbegabung im Schulalltag. Den Schülerinnen und Schülern muss ein Verständnis von Begabung vermittelt werden, das alle Ausgangslagen in angemessener Weise würdigt.
- Zur Sicherstellung eines möglichst umfangreichen, themenspezifischen sowie fächerübergreifenden Angebots der „Pluskurse“ (Mittel-/Oberstufe) und der „Neigungskurse“ (untere Klassen) Kooperationen zwischen Schulen und Hochschulen, Hochbegabtenstiftungen und Vereinen einzurichten, bzw. zu intensivieren.
- Das bestehende "Pluskurs"-Angebot der Mittelstufen, das bereits an einigen Schulen vorhanden ist, grundlegend zu überarbeiten und zukünftig so zu gestalten, dass sie die fachspezifische tiefgehende Wissensvermittlung der Schüler*innen unterstützen und auf ihre individuellen Begabungen Rücksicht nehmen. Sowohl die Mittelstufen als auch die Oberstufen, sowohl gymnasial als auch an den Stadtteilschulen, bedürfen solcher Förderkurse.
- Die Schaffung eines „Förderbeauftragten“ mit sonderpädagogischer Ausbildung im Rahmen des Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung der Inklusion in Hamburg begrüßen wir. Zur Aufgabe dieses „Förderbeauftragten“ muss aber auch gehören, besonderen Förderbedarf bei Hoch- und Teilbegabung zu erkennen und das Lehrerkollegium für dieses Thema zu sensibilisieren. So kann die individuelle kind- und jugendgerechte Förderung von Begabungen gewährleistet werden. Soweit dieser „Förderbeauftragte“ noch nicht in nötigem Maße vorhanden ist, sollte die zuständige Stelle diese Entwicklung im Blick behalten und die Schaffung ausdrücklich unterstützen.
- Die regelmäßige Durchführung von flächendeckenden, speziell für Schüler*innen angepassten, Begabungstests an allen Schulen zur frühzeitigen Erkennung von Hoch- und Teilbegabung. Dabei muss neben den gängigen Bereichen Mathematik und logisches Denk- und Kombinationsvermögen, im Besonderen die Sprachgewandtheit und emotionale Intelligenz der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden. Es soll bei diesen Tests ausdrücklich nicht um die Messung des Intelligenzquotienten oder der Bewertung der Leistungsfähigkeit im Rahmen des Schulunterrichts gehen, sondern um die Erkennung von Begabungen. Grundlage für die Entwicklung der Schultests soll unserer Ansicht nach der „Hamburg-Wechsler-Intelligenztest“ (HAWIK-IV) sein.

1159
1160
1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187

Begründung:

Bildung ist das Fundament für gesellschaftliche Toleranz, Teilhabe und für die Verbesserung der eigenen sozialen Lage. Die gemeinsame Beschulung aller Kinder und Jugendlichen mit ihren individuellen Fähigkeiten, ihren Stärken und Schwächen ist die Weiterführung des sozialdemokratischen Grundgedankens der Chancengleichheit.

Dabei geht es auf keinen Fall um „Gleichmacherei“ jedweder Art. Vielmehr müssen bei der Umsetzung unsere jeweils spezifischen und unterschiedlichen Ausgangslagen berücksichtigt werden. Hamburg führte die Inklusion im Sommer 2010 als eines der ersten Bundesländer an den Schulen ein. Wesentliches Prinzip der Inklusion ist die Wertschätzung und Akzeptanz von Vielfalt in Bildung und Erziehung. Die Heterogenität innerhalb der Gesellschaft und den Lehreinrichtungen ist dabei eine anerkannte Tatsache.

Die Integration von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf, von Schüler*innen mit körperlicher Beeinträchtigung sowie die Förderung von Hoch- und Teilbegabten Schüler*innen sind für uns untrennbar mit der Grundidee der Inklusion verbunden und müssen daher in einem schulpolitischen Gesamtkonzept behandelt werden.

Seit der Einführung der Inklusion in Hamburg ist im Bereich der Integration von Schüler*innen mit körperlicher Beeinträchtigung und Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf bereits viel geleistet worden, während es für die Integration der Hoch- und Teilbegabten Kinder und Jugendlichen in Regelschulen an einem Grundkonzept fehlt. Die Förderung all unserer Kinder nach ihren individuellen Talenten und Fähigkeiten ist für uns der Grundstein sozialdemokratischer Bildungspolitik. Kein Kind darf dabei vergessen werden, auch nicht die besonders Begabten oder Hochbegabten.